Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

37. Sitzung (22.07.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

Es folgt

Ziffer 5b: Petition der Vereinigung technischer Vereine in Karlsruhe, die Techniker in den städtischen Verwaltungen betr.

Abg. Dr. Leser erstattet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung den mündlichen Bericht und stellt den Antrag:

die Petition der Regierung als Material mit Rücksicht auf die in Angriff genommene Reform der Gemeinde- und Städteordnung zu überweisen.

In der Beratung ergreift niemand das Wort.

Der Kommissionsantrag wird vom Präsidenten für angenommen erklärt.

Es folgen

Ziffer 6a und b: Petition des Michael Kuhn in Friedrichsfeld um vorzeitige Entlassung seines Sohnes aus der Schule und die Petition des Adam Weber in Oberdielbach, gleichen Betreffs.

Der Präsident macht unwidersprochen den Vorschlag, die beiden Petitionen gemeinschaftlich zu behandeln, und erteilt dem Berichterstatter Abg. Ihrig das Wort. Die Anträge der Petitionskommission gehen dahin:

a. über die Petition des M. Kuhn zur Tagesordnung überzugehen,

b. die Petition des Adam Weber als durch die inzwischen eingetretene Schulentlassung des Sohnes erledigt zu erklären.

In der eröffneten Beratung ergreift niemand das Wort. Die Anträge der Kommission werden vom Präsidenten für angenommen erklärt.

Zu Ziffer 6c: Petition des Heinrich Kraft in Seckenheim.

erhält an Stelle des verhinderten Berichterstatters Abg. Bechtold der Abg. Großhans das Wort.

Der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung, wozu in der eröffneten Beratung niemand das Wort ergreift, wird für angenommen erklärt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Der Präsident wird nach seinem Vorschlag ermächtigt, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Schluß der Sitzung nach ½8 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: Karl. v. Gleichenstein.

---

37. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 22. Juli 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Finanzminister Dr. Wirth, Zoll- u. Steuerdirektor Geh. Rat Schellenberg, Ministerialdirektor Geh. Oberfinanzrat Moser und Ministerialrat Franz; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Belzer, Dietrich, Duffner, Geiß, Hahn, Helffrich, Hummel, Kieslich, Koelblin, König, Dr. Leser, Otto, Roesch, Saenger, Schneider-Freiamt, Siebert, Trunk und Venedey.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

Kurze Anfragen

a. des Abg. Wittemann, die Sozialisierung der Apotheken betr.,

b. der Abgg. Herbster u. Gen., die Verleihung von Personalkonzessionen für Apotheken betr.,

***c. der Abgg. Marzloff u. Gen., die Apothekenkonzessionen und die Fürsorge für die Apothekergehilfen betr.**

Hierauf

†1. Zweite Beratung über das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr. (Drucks. Nr. 25 und 25a),

Berichterstatter Abg. Strobel.

2. Mündlicher Bericht der Haushalts-Kommission und Beratung über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Drucks. Nr. 16e) **samt Petitionen.**

(Antrag s. Drucks. „Zu Nr. 16e"), Berichterstatter Abg. Goehring,

und damit in Verbindung:

***3. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., die Reichssteuerverwaltung betr.** (Drucks. Nr. 16e).

---

*) Die Kurze Anfrage unter Buchst. c und Punkt 3 stehen nicht auf der ausgegebenen Tagesordnung.

†) Der Gegenstand unter Ziff. 1 wurde während der Beratung von der Tagesordnung abgesetzt. (s. Text des Prot.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Sitzung wird eröffnet um 1/4 5 Uhr.

Es werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

A. Petitionen und ähnliches:

1. Bitte des Georg Streckfuß in Karlsruhe um Rechtshilfe;
2. Bitte der Magdalena Goldermann in Badisch-Rheinfelden in Wiederholung einer früheren Petition um Rechtshilfe;
3. Eingabe des Landesverbands der Deutschen Volkspartei Badens, die politische Aufklärung der aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Kriegsteilnehmer betr.

   Die Eingaben unter Ziffer 1—3 gehen an die Petitionskommission.
4. Eingabe des Vorstandes der Gartenvorstadt Grünwinkel mit einer Resolution wegen Schaffung eines Heimstättengesetzes.

   Diese Eingabe geht an die Kommission für Justiz und Verwaltung.
5. Vorstellungen des Evangelischen Oberkirchenrats vom 9. Juli 1919 Nr. 7076 und des Erzbischöflichen Ordinariats vom 12. Juli 1919 Nr. 9138, worin die den Kirchen durch den Gesetzentwurf über die Steuererhebung für 1919 drohende Gefahr dargelegt und gebeten wird, die gegen denselben erhobenen Einwendungen bei der Beratung im Landtag zu berücksichtigen;
6. Eingabe des Badischen Handelstags und des Allgemeinen Fabrikantenvereins, Sitz Mannheim, mit Abänderungsvorschlägen zu obigem Gesetzentwurf;
7. Eingabe des Landesverbands der badischen Textilindustrie, Sitz Emmendingen, zugleich im Namen des Verbandes der badischen Textilwaren-Großhändler und des Badischen Landesverbands der Webstoff verarbeitenden Industrie, im gleichen Betreff;
8. Eingaben des Vorsitzenden der Evangelischen Diözese Lahr und des Kath. Stadtpfarramts daselbst sowie einer größeren Anzahl Einwohner von Lahr — letztere Eingabe übergeben von dem Abgeordneten Mayer-Karlsruhe — wegen Erhaltung des humanistischen Gymnasiums Lahr.

   Diese Eingaben (Ziffer 5 bis 8) sind unter Vorbehalt der Zustimmung des Hauses der Haushaltskommission überwiesen worden. Das Haus ist einverstanden.
9. Eingabe mit zahlreichen Unterschriften aus der Einwohnerschaft von Lahr, den Neubau einer höheren Schulanstalt daselbst betreffend.

   Diese Eingabe geht gleichfalls an die Haushaltskommission.
10. Resolution der Evangel. Diözesansynode des Bezirks Lörrach in Betreff des Lichtspielwesens.

    Dieselbe wird der Petitionskommission überwiesen.

B. Sonstige Eingänge aus Volkskreisen:

1. Schreiben des Vereins „Volksschauspiel Ötigheim" mit einer Einladung des Landtags zum Besuche seines diesjährigen Spieles.

   Die Einladung wurde bereits seitens des Präsidenten verdankt und zirkuliert mit Einzeichnungsliste im Hause.
2. Schreiben des Deutschen Theaterkulturverbands, Ortsverein Mannheim, mit den für die Mitglieder des Landtags bestimmten Abdrucken einer Eingabe an das Ministerium der Finanzen in Betreff der Verwendung der für Theaterzwecke zur Verfügung stehenden Staatsmittel;
3. Schreiben des Präsidiums der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger mit Abdrucken eines Aufsatzes ihres Verwaltungsratsmitgliedes Emil Lind zur Reform des Bühnenbetriebes.

   Die Gaben unter 2 und 3 werden verdankt und sind bereits zur Verteilung gelangt.

C. Eingänge von seiten der Regierung:

1. Schreiben des Ministeriums des Innern mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellationen
   a. der Abgg. Fischer-Karlsruhe u. Gen., die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial betr. (Drucks. Nr. 9g),
   b. der Abgg. König u. Gen., die Volkswehr betr. (Drucks. Nr. 30a),
   c. der Abgg. Seubert u. Gen., die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch betr. (Drucks. Nr. 35).

   Diese Mitteilungen dienen einstweilen zur Kenntnisnahme.
2. Schreiben des Justizministeriums mit den für die Mitglieder des Hauses bestimmten Sonderabdrucken der Fürsorgeerziehungsverordnung vom 26. Juni 1919.

   Die Abdrucke gelangen zur Verteilung.

D. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Interpellationen:
   a. der Abgg. Seubert u. Gen., den Terrorismus im Arbeiterstande betr. (Nr. 7d),
   b. der Abgg. Heurich u. Gen., den Schutz der jugendlichen Arbeiter betr. (Nr. 7e),

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

c. der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., die Reichssteuerverwaltung betr. (Nr. 16 e),

d. der Abgg. Kiefer u. Gen., die Besetzung der höheren Lehranstalten betr. (Nr. 19 a),

e. der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., das Lichtspielwesen betr. (Nr. 44).

Finanzminister Dr. Wirth erklärt sich bereit, die Interpellation Buchst. e alsbald, d. h. im Anschluß an Punkt 2 der heutigen Tagesordnung, zu beantworten. Das Haus ist damit einverstanden. Alle 5 Interpellationen gelangen unter den angegebenen Nummern zum Druck; jene unter Buchst. a, b, d, e gehen zunächst an die Regierung.

2. Kurze Anfragen:

a. der Abgg. Heurich u. Gen., die Beschaffenheit des Brotes und die Ausgabe von Lebensmitteln in Waldkirch-Kollnau betr.,

b. der Abgg. Massa u. Gen., Hebung der Kleintier- und Geflügelzucht betr.,

c. der Abgg. Massa u. Gen., Verteilung der Textilwaren aus dem Besitze der Heeresverwaltung und der Kriegsgesellschaften betr.,

d. der Abgg. Muser u. Gen., den Branntweinschleichhandel betr.

Auch diese Anfragen gehen zunächst an die Regierung.

Im Anschluß an diese Bekanntgaben wirft Abg. Marum zur Geschäftsordnung zwei Fragen auf: erstens ob die Verlesung der Eingänge notwendig sei, und zweitens ob die Einbringung von Interpellationen und Kurzen Anfragen in dem von der anderen Seite des Hauses beliebten Umfange der Geschäftslage desselben entspreche. Abg. Dr. Schofer erwidert darauf und spricht, wie auch der Präsident, zur ersten Frage die Erwartung aus, daß die mit dem Entwurf einer neuen Geschäftsordnung betraute Kommission sich damit befassen werde.

E. Endlich liegen folgende verhandlungsreife Drucksachen vor:

a. Antrag der Haushaltungskommission zum mündl. Bericht des Abg. Goehring über den Gesetzentwurf Drucks. Nr. 16 c, die Steuererhebung für 1919 betr. (Drucks. „Zu Nr. 16 c"),

b. Gesetzentwurf über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit in der in der ersten Lesung beschlossenen Fassung (Drucks. Nr. 25 a).

Dieselben gelangen einstweilen zur Verteilung.

(Weitere Eingänge siehe am Schlusse des Protokolls.)

Nunmehr wird in die

Tagesordnung

eingetreten und zwar zunächst zur Erledigung der Kurzen Anfragen unter a und b derselben.

Abg. Wittemann verliest die Anfrage a, lautend:

„Nach Zeitungsnachrichten wird in Württemberg die Sozialisierung auch auf die Apotheken ausgedehnt werden. Ist das der badischen Regierung bekannt und gedenkt sie in gleicher Weise gesetzgeberisch vorzugehen?"

Arbeitsminister Rückert beantwortet die Anfrage.

Abg. Herbster verliest hierauf die Anfrage b, welche lautet:

„Seit Beginn des Krieges sind in Baden keine neuen Personalkonzessionen für Apotheken verliehen worden, wodurch die Selbständigmachung von Gehilfen nahezu unmöglich gemacht wird. Ist die Regierung bereit, über die Gründe zu ihrem Vorgehen in dieser Frage Auskunft zu erteilen?"

Diese Anfrage wird von dem Minister des Innern Remmele beantwortet.

Nunmehr folgt die

eigentliche Tagesordnung

und zwar:

Ziffer 1: Zweite Beratung über das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr. (Drucks. Nr. 25).

Der Beratung zu Grunde zu legen ist die Drucks. Nr. 25 a, welche das provisorische Gesetz in der Fassung nach den Beschlüssen des Landtags in erster Lesung, also als neues Gesetz mit einigen weiteren Aenderungen, enthält (vgl. Prot. der vorig. Sitzung).

Namens der Kommission für Justiz und Verwaltung berichtet wieder der Abg. Strobel. Die Kommission hat inzwischen an der Fassung in erster Lesung abermals einige Aenderungen beschlossen, die dahin gehen, daß

a. in Artikel 1 die (in erster Lesung geänderte) Ziffer 2 jetzt ganz wegfallen und folgerichtig die Zahl 1 (Ziffer 1) gestrichen und

b. am Schlusse folgender neue Artikel 4 beigefügt werden soll:

„Artikel 4. Das provisorische Gesetz vom 28. Oktober 1918 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1918 S. 353) tritt außer Wirksamkeit."

Mit dieser Maßgabe beantragt die Kommission, der Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

In der nunmehr eröffneten allgemeinen Beratung ergreift niemand das Wort.

Der Präsident ruft auf Grund der Drucks. Nr. 25 a und obiger Anträge Ueberschrift und Einteilung des neuen Gesetzentwurfs auf. Bei Artikel 1 ergreift zur Geschäftsordnung Abg. Dr. Glockner das Wort und macht den Vorschlag, die weitere Beratung und Abstimmung zu verschieben, bis der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Gesetzentwurf in der neuen Fassung, wie sie nach den jetzigen Anträgen der Kommission lautet, dem Hause gedruckt vorliegt.*) Die daran sich anschließende Geschäftsordnungsdebatte, an der sich außer dem Präsidenten und dem Abg. Dr. Glockner noch die Abgg. Dr. Schofer und Strobel beteiligen, führt zu dem Beschlusse, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Hierauf schreitet das Haus zur Erledigung einer weiteren Kurzen Anfrage über Apothekenkonzessionen und Fürsorge für Apothekergehilfen.

Abg. Martzloff verliest die Anfrage, welche lautet:

„Ist die Regierung bereit, bei Erteilung neuer Konzessionen für Apotheken dafür zu sorgen, daß der Staat Wohnung oder Haus und einfache, genügende Einrichtung der Apotheken mitverpachtet, so daß der Konzessionsinhaber sie nicht zu kaufen und also kein größeres Kapital zu besitzen braucht? Ist ferner die Regierung bereit, die Zahl der neuzuerteilenden Konzessionen zu begrenzen? Denn wenn viele Apotheken sich in den Dienst teilen, wird sehr bald die Forderung nach Hinaufsetzung der Preise für die Heilmittel laut werden, damit alle Apotheken bestehen können. Ist die Regierung andererseits bereit, dafür zu sorgen, daß für die Apothekergehilfen ein ihrer Vorbildung und Arbeit entsprechender Minimalgehalt festgesetzt und für sie eine Pensionskasse unter staatlicher Aufsicht gegründet wird? Ist die Regierung bereit, der Ueberteuerung der privilegierten Apotheken durch ein Sperrgesetz bei Verkäufen Einhalt zu tun und dafür zu sorgen, daß allmählich bei günstiger Gelegenheit die Realrechte abgelöst werden? Ist die Regierung bereit, um lokalen Bevorzugungen, die von den Apothekergehilfen befürchtet werden, bei der Vergebung von Apotheken vorzubeugen, einen gemischt staatlich-kommunalen Betrieb wie z. B. in Hessen einzuführen?"

Minister des Innern Remmele beantwortet die Anfrage.

Nunmehr folgt

Ziffer 2 der Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Steuererhebung für das Jahr 1919 (Drucks. Nr. 16c).

Abg. Goehring erstattet namens der Haushaltskommission mündlichen Bericht.

Der Kommissionsantrag, soweit er sich auf den Gesetzentwurf selbst und die dazu vorliegenden Eingaben bezieht, liegt gedruckt vor (Drucks. „Zu Nr. 16c") und geht dahin:

a. den vorliegenden Gesetzentwurf in der dem gedruckten Antrag beigegebenen Fassung anzunehmen,

b. von der Einhaltung der gesetzlichen Frist für die 2. Beratung gemäß § 49 der Verfassung abzusehen,

c. die in Anlage 2 des gedruckten Antrags aufgeführten telegraphischen und schriftlichen Eingaben durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Weiter stellt die Kommission den Antrag:

Das Haus wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten ordentlichen Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

I. das Einkommensteuergesetz dahin abgeändert wird, daß

a. in Artikel 6 Ziffer 7
an Stelle der Freigrenze von jährlich 900 ℳ eine solche von 2400 ℳ tritt,

b. in Artikel 21 a
an Stelle des Wortes „kann" das Wort „muß", an Stelle der Worte „auf Ansuchen" die Worte „von Amtswegen" treten, der Betrag von 3000 ℳ durch den von 6000 ℳ ersetzt wird und für eine Ermäßigung um höchstens zwei eine solche um höchstens vier Steuerstufen vorgesehen wird, ferner daß als eines der beeinträchtigenden Verhältnisse auch die Kriegsbeschädigung in Betracht kommt;

II. das Vermögenssteuergesetz in § 61 Ziffer 5 dahin ergänzt wird, daß neben Witwen rc. auch Schwerkriegsbeschädigte aufgeführt werden und für 900 ℳ die Zahl 2400 ℳ Einkommen eingesetzt wird;

III. eine Neueinschätzung aller Einkommen und Vermögen im Sinne einer genaueren und sorgfältigeren steuerlichen Erfassung herbeigeführt wird;

IV. eine unterschiedliche steuerliche Behandlung der ledigen und verheirateten Steuerzahler von einer bestimmten Grenze an vorgesehen wird.

In der allgemeinen Beratung gibt zunächst der Präsident den Eingang eines Antrags der Abgg. Dr. Glockner (König) u. Gen. folgenden Wortlauts bekannt:

„Die Unterzeichneten beantragen, in dem Gesetzentwurf betreffend die Erhebung eines außerordentlichen Steuerzuschlags für das Jahr 1919

1. in § 1 Abs. 1 die Zuschläge zur Einkommensteuer auf 400 vom Hundert der Steuersätze des Einkommensteuertarifs zu beschränken und unter Strich der viert- bis siebtletzten Zeilen des Absatzes 1 die achtletzte Zeile zu fassen:
„von 600 000 ℳ und mehr ... 400 vom Hundert";

2. in § 2 Abs. 5 die Zuschläge zur Vermögenssteuer auf 200 Pf. zu beschränken und unter Strich der zweit- und drittletzten Zeilen dieses Absatzes die viertletzte Zeile zu fassen:
„von 10 000 000 ℳ und mehr . . . 200 Pf."

Alsdann erteilt der Präsident das Wort — zugleich zur Begründung des ebengenannten Antrags — dem Abg. Dr. Glockner. Vor Beginn seiner Rede wird zur Geschäftsordnung angeregt, zunächst den Antrag drucken zu

*) Der Neudruck (Drucks. Nr. 25b) kam im Laufe der Sitzung zur Verteilung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lassen*) und zuerst die Beantwortung der vorliegenden Interpellation Dr. Schofer u. Gen. über die Reichssteuerverwaltung (s. Eingang D Ziff. 1c dieses Protokolls) entgegenzunehmen. Diese Anregung (der Abgg. Dr. Schofer und Dr. Glockner) wird aber nach Bemerkungen des Präsidenten Kopf und des Finanzministers Dr. Wirth dazu vorerst nicht weiter verfolgt, und nimmt demgemäß der Abg. Dr. Glockner das Wort zur Sache.

Nach ihm ergreift zunächst noch einmal der Berichterstatter Abg. Goehring das Wort zu einem kleinen Nachtrag zu seinem Bericht hinsichtlich der Eingabe des Kath. Oberstiftungsrats vom 19. Juli 1919 im Zusammenhang mit derjenigen des Erzbischöfl. Ordinariats (vergl. Anl. 2 Ziff. II 6 des gedruckten Kommissionsantrags, Drucks. „Zu Nr. 16e") und zur Berichtigung eines Fehlers in dieser Drucksache, in der es auf Seite 2 im dritten Absatz (Absatz 4 der ganzen Paragraphen) statt „Vermögenssteuer zu schlags" heißen muß „Vermögenssteuer an schlags".

Alsdann wird eingeschaltet, d. h. mit dem vorliegenden Beratungsgegenstand verbunden — s. oben — die Interpellation der Abgg. Dr. Schofer u. Gen. (Vertreter aller Fraktionen), die Reichssteuerverwaltung betr. (Drucks. Nr. 16e).

Zur Begründung derselben erhält der Abg. Dr. Schofer das Wort. Finanzminister Dr. Wirth beantwortet in Verbindung mit seinen Ausführungen zu dem zur Beratung stehenden Gesetzentwurf die Interpellation.

Hierauf wird abgebrochen. Es werden noch folgende Eingänge bekanntgegeben:

a. Krankheitsanzeige des Abg. Odenwald. Dieselbe dient zur Kenntnisnahme.

b. Anzeige, daß die Interpellation der Abgg. Seubert u. Gen., die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch betr. (Drucks. Nr. 35) zurückgezogen ist.

Die nächste Sitzung wird festgesetzt auf morgen

Mittwoch den 23. Juli 1919
nachmittags ¼4 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung.)

Schluß der Sitzung nach 8 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: Weber. v. Gleichenstein.

*) Ist geschehen (Drucks. „Zu Nr. 16e I").

---

38. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 23. Juli 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Minister des Kultus und Unterrichts Hummel, Minister des Innern Remmele, Justizminister Trunk, Finanzminister Dr. Wirth, Steuerdirektor Geh. Rat Schellenberg, Ministerialdirektor Geh. Oberfinanzrat Moser, die Ministerialräte Franz und Kirchgäßner; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Belzer, Dietrich, Duffner, Geiß, Kieslich, Koelblin, König, Mager, Maier-Heidelberg Odenwald, Otto, Roesch, Rückert, Saenger und Venedey.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf und des II. Vizepräsidenten Muser.

Tagesordnung:

1. **Zweite Beratung über das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr.** (Drucks. Nr. 25, 25a und 25b),

   Berichterstatter Abg. Strobel.

2. **Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr.** (Drucks. Nr. 16c), **samt einschlägigen Petitionen,**

   (Anträge s. Drucks. „Zu Nr. 16c" u. „Zu Nr. 16c I"), Berichterstatter Abg. Goehring.

   und damit in Verbindung:

   Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., die Reichssteuerverwaltung betr. (Drucks. Nr. 16e).

3. *) Begründung und Beantwortung der Interpellationen
   a. der Abgg. Fischer-Karlsruhe u. Gen., die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial betr. (Drucks. Nr. 9g),
   b. der Abgg. König u. Gen., die Volkswehr betr. (Drucks. Nr. 30a).

*) Die Gegenstände unter Ziff. 3 der Tagesordnung kamen nicht zur Verhandlung.